

Staatsminister a. D. Josef Miller  
anlässlich einer CDU-Veranstaltung  
am 04. März 2016 in Bonlanden

Landtagskandidat Raimund Haser  
Georg Ziesel,  
Hans Rapp

Gerne bin ich heute auf Einladung Ihres Bundestagsabgeordneten Josef Rief und des Landtagskandidaten Raimund Haser zu den Nachbarn im Landkreis Biberach, insbesondere im Iller- und Rothtal, gekommen. Sie alle wissen es selbst aus ihrem Leben, wie wichtig gute Nachbarn sind.

Ihr habt als Nachfolger des von mir sehr geschätzten Paul Locherer wieder einen sehr guten Nachfolger gewonnen: Raimund Haser

- geboren 1975
- aufgewachsen mit 4 Geschwistern
- verheiratet, Vater einer 4-jährigen Tochter
- Abitur 1995 in Leutkirch
- div. Tätigkeiten in den Bereichen Industrie, Handwerk, Forst und Tourismus (1995-1996)
- Zivildienst in der Altenpflege (1996-1997)
- Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Berufsakademie in Ravensburg (1997-2000)
- Marketingleiter der Leutkircher Bank eG (2000-2002)
- Volontariat bei der Schwäbischen Zeitung (10/2002-09/2004)
- Überregionaler Wirtschaftsredakteur der Schwäbischen Zeitung (03/2005-09/2008)
- Gründer und Eigentümer von „agenturinhalt“ (seit 10/2008 bis heute) Beratungsprozesse, Krisenkommunikation, politischer Berater, Korrespondent überregionaler Tageszeitungen, Autor, Moderator, Publizist, Verleger
- Moderator von „Talk im Bock“ (2012-2015)
- Dozent an der DHBW in Ravensburg und an der HBC in Biberach
- Stiftungsrat im Kinderheim St. Anna
- Gitarrist, Skifahrer, Naturliebhaber

Wie Sie dem Lebenslauf entnehmen, bringt er die besten Voraussetzungen für einen Politiker mit. Er ist geerdet, steht mit beiden Beinen auf dem Boden, hat es bisher im Beruf schon zu etwas gebracht und ist bestens in der Lage, Sie im Landtag von Baden-Württemberg zu vertreten.

Wir wollen heute darüber sprechen, wie wir in Baden-Württemberg und Bayern unseren Spitzenplatz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sichern können.

Als ich 1986 gefragt wurde, ob ich in den Landtag kandidieren wolle, nachdem mein Vorgänger durch einen tragischen Verkehrsunfall plötzlich verstarb, fragte ich, welche Herausforderungen auf mich zukommen würden.

Von vielen hörte ich die Aussage, das Gebiet entlang der Günz und der Iller wird ein großes Problemgebiet, weil es ausschließlich landwirtschaftlich strukturiert sei. Die Landwirtschaft werde in der Zukunft zurückgehen und es wird viele viele Arbeitslose geben.

Und wo stehen wir heute? An der Spitze der Bundesrepublik Deutschland!

Unsere Region ist ein starker Agrarstand geblieben und ein Spitzenwirtschaftsstandort geworden.

Wo man in Deutschland am besten lebt, hat der FOCUS in einer Exklusivstudie am 23. Mai 2015 veröffentlicht, in dem 402 Regionen im großen Vergleich gegenüber gestellt wurden. Die Kriterien waren

1. Wachstum und Jobs
2. Firmengründungen
3. Produktivität und Standortkosten
4. Einkommen und Standortattraktivität

Unter den 402 untersuchten Landkreisen und Städte liegt

- der Landkreis Biberach auf Platz Nr. 25
- der Landkreis Unterallgäu auf Platz 7

Wir, diesseits und jenseits der Iller, Bayern und Baden-Württemberg haben viel gemeinsam: Einen starken innovativen Mittelstand, fleißig und kreative Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. In Punkto Wachstum, wirtschaftliche Dynamik und der niedrigste Arbeitslosigkeit wechseln wir uns oftmals in den Spitzenpositionen ab – einmal Bayern, ein andermal Baden-Württemberg.

Wir müssen unser Land zukunftsfähig machen, getreu dem Motto: „Nach oben kommen ist schwer – oben bleiben noch viel mehr!“

Wir haben in Bayern mit der A 96 eine leistungsfähige Ost-West-Autobahn. Sie biegt in Leutkirch nach Süden ab. Es fehlt eine weiterführende Autobahnverbindung von Leutkirch nach Freiburg. Heute glaubt aber keiner mehr daran, dass eine solche durchsetzbar ist, obwohl sie sinnvoll wäre – vor allem wenn man bedenkt, was dies für die Städte, Märkte und Gemeinden in Baden-Württemberg bedeutet: Starker Durchgangsverkehr von schweren Lastwagen, weite Umgehungsfahrten über die A 8 oder mit Staus etwas nördlicher vom Bodensee.

Hat schon einmal einer nachgerechnet, wie viel Treibstoff durch den Umgehungsverkehr verbraucht wird, oder wie viele Stunden Arbeitszeit vergeudet werden bei der Fahrt von Ost nach West durch die unzureichende Erschließung, wie stark die Ortschaften betroffen sind und um wie viel höher die Unfälle einschließlich die Zahl der Verkehrstoten ist?

Bei uns verbindet die A 96 den Landkreis und ist zu einem immerwährendes Konjunkturprogramm geworden.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie von München über Memmingen nach Lindau steht nun unmittelbar bevor:

- Heuer finden die Planfeststellungsverfahren an den Eisenbahnbundessämtern in Stuttgart und München statt, wobei in Stuttgart ein Rückstau besteht.
- Zum Teil sind die Planungsunterlagen ausgelegt.
- Ende 2017 soll mit den Baumaßnahmen begonnen werden.
- 2018/2019 ist die Hauptbauzeit.
- Ab März 2018 ist mit größeren Sperrungen zu rechnen.
- Fertigstellung soll zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 sein.

Baden-Württemberg ist ein so starkes Land, dass es nicht in kurzer Zeit ruiniert werden kann. Politische Entscheidungen sind oftmals nicht mehr rückkehrbar, wirken sich aber erst nach längerer Zeit aus.

Baden-Württemberg hat das Prädikat „Musterländle“ nicht durch die Grüne-Regierung bekommen, sondern durch CDU-Regierungen erarbeitet.

CDU und CSU sind als Partei der Nachhaltigkeit verpflichtet, wie keine anderen Parteien. Wir denken nicht nur von heute auf morgen, sondern auch an die nachfolgenden Generationen. Diese Haltung hat uns als Volkspartei immer ausgezeichnet.

Ich erinnere mich noch gut an meinen Vater als wir im Wald Bäume gepflanzt haben und er gesagt hat: „Ich pflanze die Bäume nicht für mich, sondern für Euch. Ich werde, wenn diese Bäume gefällt werden, nicht mehr leben.“

Das ist Nachhaltigkeit. Wir dürfen eine Politik nicht danach beurteilen, was sie erntet, sondern was sie sät.

Wir schielen nicht auf den Beifall selbsternannter Eliten, sondern wir nehmen die Anliegen und Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten ernst.

Keine andere Partei ist so sehr in der Bevölkerung verwurzelt, wie auf bayerischer Seite die CSU und auf württembergischer Seite die CDU. In der Kommunalpolitik, in den Kirchengemeinden, in den Vereinen und Verbänden. Dafür möchte ich den Mandatsträgern und auch den ehemaligen Mandatsträgern hier und vor Ort und allen, die sich ehrenamtlich engagieren, an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aussprechen, denn sie prägen das Bild unserer Partei vor Ort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn ich persönlich auf das Jahr 2015 zurückblicke, stelle ich eines fest: 2015 ist in mancher Hinsicht anders verlaufen, als ich es mir an Silvester 2014 vorgestellt habe.

- der Flüchtlingsstrom
- die Terroranschläge in Paris
- und Ereignisse an Sylvester in Köln

sie haben uns alle, Politik und Bürger, vor immense Herausforderungen gestellt und mit diesen Herausforderungen gehen wir ins Jahr 2016.

Eine der größten Gefahren in der Politik ist, dass sich Politiker in solchen Krisenzeiten nur auf ein Thema konzentrieren. Die Menschen fragen uns aber nach der Flüchtlingskrise zurecht: „Was tut Ihr für uns?“

Wir bearbeiten die politischen Themen deshalb nicht nach Konjunkturlage, sondern wir behalten unsere Bürger im Blick und kümmern uns daher um alle relevanten Lebensbereiche.

Unsere Bürger im Blick zu behalten heißt für uns vor allem Verantwortung für die Familien. Erziehung ist Sache der Eltern. Sie kennen ihre Kinder am besten. Sie wissen, ob ihre kleine Marie schon früh die Welt entdecken will oder ihr kleiner Maximilian noch länger die intensive Nähe zu den Eltern braucht.

Wir treten beim Thema Betreuung für eine echte Wahlfreiheit der Eltern ein. Unsere Eltern sollen sich deshalb frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder zuhause betreuen wollen, oder ob sie z. B. eine Betreuung in der Kita oder einen Platz in der Ganztagschule nutzen.

Wir beklagen den demographischen Wandel und die Überalterung der Gesellschaft. Dabei macht Rot/Grün eine Politik für die Ein- und höchstens Zweikinderfamilien.

Mein Sohn und meine Tochter haben jeweils drei Kinder zur Freude der Großeltern. Bei einer Familie mit drei Kindern ist ein Ganztagsarbeitsplatz für die beiden Eltern nicht mehr möglich.

Deshalb

- bauen wir Kita-Plätze aus wie kein anderes Land in Deutschland (später dran wie Baden-Württemberg)
- schaffen wir 2018 für jeden Schüler einen bedarfsgerechten Ganztagsplatz
- führen wir gleichzeitig rückwirkend zum 1. Januar 2015 ein bayerisches Betreuungsgeld ein.

Wir verstecken uns hier nicht hinter dem Bundesverfassungsgericht, sondern wir setzen uns alle als einzige politische Kraft dafür ein, dass unsere bayerischen Eltern zu keiner Zeit leer ausgehen.

Das ist echte Wahlfreiheit! Und darauf sind wir stolz!

In der Bildungspolitik unternehmen die Grünen bei uns in Bayern alles, um unser differenziertes Bildungssystem abzuschaffen:

- es sollte sich daher niemand der Illusion hingeben, dass das nicht auch in Baden-Württemberg ihr eigentliches Ziel ist
- das Gymnasium ist für sie letztlich eine „Eliteschule“, die zu Gunsten einer „Gemeinschaftsschule“ aufgelöst werden soll. Das hat die JU-Baden-Württemberg vollkommen richtig erkannt.

Wer deshalb auch in Zukunft ein differenziertes, auf individuelle Begabungen und Fähigkeiten ausgerichtetes Bildungssystem will, darf nicht die Grünen wählen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
wir sagen ja zur möglichst großen Freiheit, auch für unsere Unternehmen.

Deswegen haben wir gerade die Familienunternehmen bei der Reform der Erbschaftssteuer im Blick und wollen Mehrbelastungen für unsere Familienbetriebe verhindern, die eine Übergabe an die nächste Generation erschweren.

Als damaliger Landwirtschaftsminister habe ich mich ganz massiv dafür eingesetzt, dass die ehemaligen Landwirte, die ihre Flächen verpachtet haben, bei der Erbfolge nicht nach dem Verkehrswert der Flächen besteuert werden.

Beim Tod des Besitzers müsste dessen Erbe soviel an Steuer aufbringen, dass er einen Teil der Flächen sofort verkaufen müsste. Die Union muss auch die Partei zur Sicherung des Eigentums sein.

Wir setzen auf Deregulierung und weniger Bürokratie. Das ist nicht nur eine Mammut-, sondern auch eine Daueraufgabe. Bürokratie kommt mir vor wie eine Hydra mit vielen Köpfen.

Wir wollen nicht die Leute zu den Arbeitsplätzen bringen, sondern die Arbeitsplätze zu den Menschen.

Wir sind stolz, dass wir so viele Unternehmen haben, die bei uns Arbeitsplätze schaffen. Das bedeutet für die Arbeitnehmer kurze Anfahrts- und Rückfahrtszeiten, mehr Freizeit und die Möglichkeit, sich auch noch ein eigenes Haus leisten zu können.

Ein wichtiger Schlüssel für Arbeitsplätze im ländlichen Raum ist dabei auch die Breitbandversorgung - gerade für den ländlichen Raum.

Wir wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten.

Für uns ist der flächendeckende Ausbau des schnellen Internets in ganz Bayern deshalb das wichtigste Infrastrukturprojekt dieser Legislaturperiode.

Wir haben immer Wert darauf gelegt, dass alle Teile Bayerns gut erreichbar sind. Wir bauen nicht nur das Straßennetz, sondern auch das Datennetz flächendeckend aus.

1,5 Mrd. Euro Förderung stellen wir dafür bis 2018 zur Verfügung.

Versorgung der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s Ende 2013  
Bayern 53,4 % - Baden-Württemberg 68,7 %.

Mitte 2015 Bayern 67 % (plus 13,6%)–Baden Württemberg 71,1% (plus 2,4 %)

Wir holen auf!

93 % der Kommunen sind bereits im Förderverfahren.

Wir in Bayern stellen im kommunalen Finanzausgleich unseren Gemeinden, Kreise und Bezirke 2016 rund 8,45 Milliarden Euro zur Verfügung – das ist wieder ein Rekordwert.

Wir in Bayern haben den Flüchtlingszustrom besser bewältigt als die anderen Länder. Wir erstatten unseren Kommunen die Kosten für die Unterbringung und für die Versorgung der Asylbewohner zu 100 %.

An Gesamtausgaben für Asyl ist vorgesehen bzw. wird ausgegeben für 2015-2016:

- in Bayern rund 4,5 Milliarden Euro
- in Baden-Württemberg rund 3,1 Milliarden Euro

Wir schaffen das ohne zusätzliche Schuldenaufnahme.

Der Schuldenstand zum 31.12.2015 betrug

- in Bayern 29,5 Mrd. Euro,
  - davon allgemeiner Haushalt 19,5 Mrd. Euro
  - Stabilisierungsfonds Bayern LB 10,0 Mrd. Euro

Der Schuldenstand zum 31.12.2015 betrug

- in Baden-Württemberg 46,3 Mrd. Euro (nur Kernhaushalt, ohne Extrahaushalte)

Bei der Pro-Kopf-Verschuldung hat Bayern die niedrigste Verschuldung im Ländervergleich. Baden-Württemberg die drittniedrigste Verschuldung im Ländervergleich.

Bei unserem ehrgeizigen Ziel, „schuldenfrei bis 2030“ sind wir damit auf einem guten Weg. Bis Ende 2016 werden wir bereits 3,6 Mrd. Schulden zurückbezahlt haben. Zusätzlich hat Bayern 3,3 Mrd. Euro als Rücklagen.

Wir können doch nicht von den anderen Ländern Europas eine solide Haushaltspolitik fordern, wenn Länder bei uns Schulden machen, wie manche Staaten in Europa.

Deshalb lehnen wir es auch ab, mit bayerischem Geld für die Schuldenpolitik anderer Länder aufzukommen.

2015 hat Bayern mit 5,4 Milliarden Euro pro Jahr die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleiches bezahlt. Baden-Württemberg war mit 2,3 Mrd. Euro dabei, Hessen mit 1,7 Mrd.

Mit der Einigung des Ministerpräsidenten im Dezember sind wir beim Thema „Länderfinanzausgleich“ zum Glück einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Vor allem dank des hartnäckigen Einsatzes unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer haben sich die Länder auf ein neues System der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geeinigt. Durch die Neuregelung wird Bayern künftig um 1,3 Mrd. Euro entlastet. Wir hoffen, dass damit eine deutlichere Entlastung Bayerns und von Baden-Württemberg noch in diesem Jahr gelingt.

## **Flüchtlingspolitik**

Auch in der Flüchtlingspolitik haben wir unsere Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger gezeigt.

Deshalb haben wir frühzeitig auf den ungebremsten Zustrom hingewiesen.

Die Bewältigung eines Zustroms von deutlich über einer Million Flüchtlinge in 2015 hätten wir nicht geschafft ohne den großartigen Einsatz

- großartiger Helfer und
- den Hauptamtlichen bei der Polizei und Verwaltung.

Unsere ehrenamtliche Helfer nehmen die ankommenden Flüchtlinge in Empfang, geben Essen aus, vermitteln erste Sprachkenntnisse oder gehen mit ihnen zum Arzt. Für diesen bewundernswerten Einsatz sagen wir ein herzliches Vergelt's Gott.

Aber sich nur auf das ehrenamtliche Engagement zu verlassen, ersetzt kein politisches Konzept zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Wir erleben eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, aber wir stehen vor zunehmend begrenzten Möglichkeiten. Darauf muss die Politik reagieren und das haben wir in Bayern auch getan durch:

- Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten
- Beschleunigte Asylverfahren
- Sach- statt Geldleistungen
- Erleichterte Abschiebungen
- wieder eingeführte Grenzkontrollen
- Beschränkung beim Familiennachzug

Nichts davon wäre ohne Bayern und die CSU auf den Weg gebracht worden. Wir sind damit zum deutschlandweiten Taktgeber in der Flüchtlingspolitik geworden.

Wir haben in diesem Jahr erlebt, wie wir uns Stück für Stück mit unseren Forderungen in der Asylpolitik durchgesetzt haben. Immer nach dem gleichen Schema: erst beschimpft und dann kopiert.

Wir in Bayern haben auch als erste in Deutschland eigene Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern geschaffen. Asylentscheidungen und Rückführungen sind innerhalb weniger Wochen gefallen anstatt monatelanger Verfahren. Das setzen wir dort um.



Bayern hat gezeigt beim G7-Gipfel, dass eine solche Veranstaltung in Sicherheit ablaufen kann. In Bayern gibt es keine Zonen wie anderswo auf dieser Welt, wo die Polizei nicht mehr hingeht.

Bayern muss sich nicht erklären lassen, was Humanität heißt. Bayern hat am meisten Migranten von allen Bundesländern.

Und mit welchem Ergebnis? Im Frühjahr waren Staaten wie Kosovo, Serbien und Albanien noch die Hauptherkunftsländer, heute kommen kaum noch Asylbewerber vom Westbalkan.

Wie lange haben sich die Grünen dagegen gewehrt. Man hätte viel früher handeln können. Auch Kretschmann hat lange gebraucht.

Marokko, Algerien, Tunesien müssen nun folgen.

Das zeigt, der Zustrom von Migranten ist kein unabänderliches Schicksal, dem wir uns in Zeiten der Globalisierung zu fügen haben. Wenn manche uns weismachen wollen, er ist durch klare Botschaften und begrenztes politisches Handeln zu begrenzen.

Die Zahlen sind nach wie vor dramatisch.

- 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele wie nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr

Kein Land der Welt kann unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Deswegen werden wir weiterhin an einer Obergrenze festhalten.

Denn wie sollen wir angesichts solcher Zugangszahlen die Menschen, die für längere Zeit oder auf Dauer bei uns bleiben, noch erfolgreich integrieren und für sie genügend Wohnungen und Arbeitsplätze bereitstellen.

Das geht doch nur mit einer Begrenzung der Zuwanderung. Da liegen wir doch nicht mehr weit weg von der Ansicht der Bundeskanzlerin. Auch sie sagt, dass die Einwanderung zu hoch ist und nach unten gedrückt werden muss.

Natürlich wäre der Weg der Kanzlerin der bessere Weg. Schengen, d. h. der Außenschutz funktioniert nicht mehr. Ich bin mir nicht sicher, dass wir uns auf Griechenland und die Türkei verlassen können. Flüchtlingsrouten werden auch schnell wieder geändert.

Die Kosten für die Grenzsicherung sind allemal geringer als die unbegrenzte Zuwanderung.

Weder Krieg noch Bürgerkrieg, noch Armut oder wirtschaftliche Probleme werden wir lösen, indem wir einfach alle Menschen zu uns holen.

Stattdessen müssen wir vor Ort helfen,

- indem wir die Fluchtursachen bekämpfen
- indem wir den menschenverachtenden Schleuserbanden das Handwerk legen
- indem wir Menschen helfen, ihre Heimat, ihr Haus wieder auf- oder neu zu bauen. Wer soll denn das machen, wenn die Häuser zu Ruinen geworden und die Städte verlassen sind?

Wir sollten Hilfe in den Heimatländern der armen Menschen geben. Das nützt aber wenig, wenn das Geld nicht bei den Armen ankommt.

Die Asylanten in den Nachbarländern unterbringen, damit sie nach dem Ende des Bürgerkrieges ihr Land wieder aufbauen können. Wenn aber diejenigen, die das Land aufbauen sollen, weglaufen, wer soll das machen? Die alten Leute?

Eine Ursache der Flüchtlingswelle war, dass der UNHCR zwei Milliarden Euro gefehlt haben und die Menschen zu wenig zum Essen bekommen haben.

Wir müssen die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge schon allein deshalb begrenzen,

- weil wir sonst die Integration derjenigen, die bereits hier sind, nie und nimmer schaffen werden

Um die Integration in Bayern zu regeln und zu steuern, werden wir daher in Bayern schon in Kürze ein eigenes Integrationsgesetz bekommen.

- In seinem Mittelpunkt stehen die Grundsätze „fordern und fördern“.
- Da verlangen wir auch, dass jeder Zuwanderer unsere Werteordnung und Leitkultur achten muss.

Integration braucht eine Richtung und ein Ziel. Sie darf nicht dem Zufall überlassen werden und erst recht nicht den Anhängern linker „Multi-Kulti-Fantasien“.

Wir brauchen Klarheit, wer in unser Land kommt, wer durch unser Land fährt und wer sich hier aufhält. Deshalb sagen wir, wenn der Schutz an den EU-Außengrenzen nicht sichergestellt werden kann, muss es wieder Grenzkontrollen an den Grenzübergängen geben.

Bei uns gibt es ein Meldegesetz, wonach jeder seinen Wohnsitz anmelden muss. Wir brauchen endlich eine Meldefrist für diejenigen, die sich noch nicht angemeldet haben. Wer später ohne gemeldeten Wohnsitz angetroffen wird, sollte des Landes verwiesen und zurückgeschickt werden. Auch das würde zum Rechtsstaat und zur Sicherheit der Bevölkerung beitragen.

Wir sind jederzeit in der Lage, den Standort der Kühe von der Geburt des Kalbes bis zum Lebensende der Milchkuh nachzuweisen, warum nicht auch von denjenigen, die zu uns kommen und Schutz suchen.

Die wollen letztlich, dass sich nicht die Zuwanderer nach unserer Wertordnung richten müssen, sondern dass wir uns den Zuwanderern anpassen. Kultur ist die Summe aller Werte und Verhaltensweisen, die uns zusammenhält.

Multikulti ist keine Kultur, sondern das Nebeneinander von Parallelgesellschaften.

Die Menschen in Bayern und Baden Württemberg sperren sich nicht gegen Veränderungen, sie sind offen für Vielfalt, aber sie wollen die kulturelle Identität unseres Landes bewahren. Sie wollen, dass Bayern Bayern und Baden Württemberg Baden Württemberg bleibt. Diesen Menschen wollen wir auch in Zukunft eine Stimme geben.

Unsere Werte und Traditionen müssen gelten, nicht religiöser Fundamentalismus. Die Zuwanderer sind zur Teilnahme an unserer Gesellschaft eingeladen und aufgefordert – nicht zur Bildung von Parallelengesellschaften.

Auch die „Grünen“ sollten zur Kenntnis nehmen, dass das Verhältnis von Mann und Frau im Islam nicht mehr in unser Menschenbild passt.

Von der Meinungsfreiheit über die Gleichberechtigung von Mann und Frau bis zur Religionsfreiheit, diese Rechte sind bei uns nicht verhandelbar.

Wir werden auch nicht über die islamischen Feiertage diskutieren, wie dies die Grünen immer wieder vorschlagen. Wir stehen zu unseren christlich-abendländischen Traditionen und Bräuchen.

Selbstverständlich zwingen wir niemanden, mit seinen Kindern am Sankt Martinstag beim Laternenumzug mitzulaufen. Aber wir sind nicht bereit, unsere Wurzeln aufzugeben. Wir werden nicht auf den St. Martinszug verzichten und stattdessen ein „Sonne-Mond-Sterne-Fest“ feiern.

Dieses Verständnis von Integration ist natürlich ein Dorn im Auge aller „Linken“ in unserem Lande.

Margarete Bause, die Fraktionsvorsitzende der „Grünen“ im Landtag hat uns in der Plenardebatte zur Flüchtlingskrise vorgeworfen, wir würden verlangen, dass sich die Flüchtlinge „unterordnen“. Das ist natürlich vollkommen falsch:

- Wir verlangen aber sehr wohl, dass sich die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft einordnen
- Gleichzeitig hat sie gesagt, der Grüne OB von Thüringen, Boris Palmer – der die Probleme in der Flüchtlingskrise klar benenne – vertreten eine „Einzelmeinung“.

Ich bin sicher, dass das der Wahrheit entspricht und wir von den Grünen nichts erwarten können, was wirklich zur Lösung der Flüchtlingskrise beiträgt.

### **Grüne: Verqueres Rechtsverständnis!**

Kurz vor Weihnachten (9.12.2015) haben die Grünen im Bayerischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Da die Polizei wegen der Flüchtlingskrise „am Limit“ sei, fordern sie u. a. auch die

- Erarbeitung von Gesetzesinitiativen zur Entkriminalisierung von Bagatelldelikten (z.B. Landendiebstahl, geringfügige Mengen des Besitzes von Cannabis zum Eigenverbrauch, Beförderungerschleichung – sog. Schwarzfahren“.

Es ist bezeichnend für das verquere Rechtsverständnis der Grünen, dass für sie Ladendiebstahl, Schwarzfahren und Haschisch-Rauchen nur „Bagatelldelikte“ sind, die nach ihrer Auffassung straffrei sein sollten.

Selbst die Grünen würden sich aber nicht öffentlich fordern trauen, dass der Besitz und Konsum der Droge „Crystal Meth“ straffrei sein sollte. Denn „Crystal Meth“ ist ein Methamphetamin, dessen Konsum sehr schnell zu einer psychischen Abhängigkeit führen kann. Nebenwirkungen können unter anderem sein:

- Herzrhythmusstörungen,
- Magengeschwüre,
- Schlafstörungen,
- paranoide Wahnvorstellungen,
- der Ausfall der Zähne,
- Konzentrations- und Gedächtnisstörungen sowie
- akustische Halluzinationen und
- Aggressivität.

Genau diese gefährliche Droge wurde bei dem aus Stuttgart stammenden Grünen Bundestagsabgeordneten Voker Beck jetzt gefunden. Jetzt wissen wir auch, was er mit seinem Satz gemeint hat:

„Ich habe immer eine liberale Drogenpolitik vertreten:“

- Auch Winfried Kretschmann wird sich nach der Wahl nicht mehr gegen diese Ideologie der Grünen durchsetzen können!
- Vor der Wahl vermeiden die Grünen aber natürlich alles, um die Wiederwahl ihres einzigen Ministerpräsidenten zu verhindern.

Das „grüne Feigenblatt“ Kretschmann kann nicht verdecken, dass die Grünen in Wahrheit ein anderes Land wollen.

- Das zeigt ihr Verhalten in der Flüchtlingskrise überdeutlich
- Die Grünen waren, sind und bleiben die Partei leistungsfeindlicher Steuererhöhungen und
- ideologischer Gängelung der Bürger – ich nenne nur den „Veggie-Day“.

Dagegen wird sich auch ein Winfried Kretschmann (67) nicht dauerhaft durchsetzen können – zumal selbst er nicht jünger wird!

Baden Württemberg sollte deshalb lieber auf die Zukunft setzen und Guido Wolf zum nächsten Ministerpräsidenten wählen.